

Die Finanztransaktionssteuer soll helfen, die Armut zu beseitigen

Anregung der Kampagne „Steuer gegen die Armut“



Am 16. Juni 2010 veröffentlichte der Bundestags-Pressedienst eine Erklärung mit der Überschrift: „Jetzt zu unseren Versprechen stehen – nicht mit leeren Händen nach New York.“ Die Obleute aller (!) Parteien im Unterausschuss „Vereinte Nationen und Globalisierung“ des Deutschen Bundestags verlangten darin von der Bundesregierung, „dass unser Beitrag zur Finanzierung der Millenniums-Entwicklungsziele verlässlich geleistet wird“. Freilich: Der Aufruf enthält keinen Hinweis, woher das Geld für die wichtige und richtige Forderung kommen soll.

Hier kommt die Kampagne „Steuer gegen Armut“ ins Spiel: Wir schlagen vor, dass auch bei der Weltfinanzkrise das Verursacherprinzip angewendet wird: Wer den Schaden angerichtet hat, soll ihn auch beseitigen. Deshalb muss jede börsliche Finanztransaktion mit einer Ministeuer von 0,05 Prozent belegt werden. So könnten europaweit zweistellige, weltweit dreistellige Milliardenbeiträge zusammen kommen, die zur Finanzierung der Millenniums-Entwicklungsziele verwendet werden könnten.

Nun haben Sie vielleicht gehört, dass die Regierungen inzwischen die erste Kampagnenforderung, die Einführung einer Transaktionssteuer, in Europa umsetzen wollen. Leider stehen dahinter andere Beweggründe: Die Regierungen wollen so Haushaltsdefizite senken. Die Armen blieben (mal wieder) außen vor. Das können und wollen wir nicht zulassen.

Bitte unterstützen Sie uns. Sie haben dazu zwei Möglichkeiten: Auf unserer Kampagnenwebsite www.steuer-gegen-armut.org können sie im Verzeichnis „Machen Sie mit“ Bundeskanzlerin Merkel und Vizekanzler Westerwelle auffordern, die Transaktionssteuer zur Finanzierung der Millenniumsziele zu nutzen.

Sie können außerdem der Facebook-Gruppe „Steuer gegen Armut“ beitreten. Hier sind inzwischen 5.000 Bürgerinnen und Bürger versammelt, die regelmäßig angemalt und informiert werden, wo und wann es Veranstaltungen der Kampagne oder konkrete Mitmachmög-

lichkeiten gibt. Unsere Mailingaktion im Mai an die Wahlkreisbüros der Bundestagsabgeordneten hat wesentlich mit dazu beigetragen, dass sich die Bundesregierung dazu durchrang, ab sofort für eine Finanztransaktionssteuer einzutreten.

Unterschätzen Sie nicht die Wirkung von Mails, Twitter, Mitgliedschaften in Facebook, Foren und Blogs! All das signalisiert unseren politischen Verantwortungsträger/innen, dass sich die Bevölkerung für eine Sache interessiert und engagiert. Und dass es Stimmen von Wählerinnen und Wählern bringen oder kosten könnte.

Pater Jörg Alt SJ